

21.12.17

Liebe Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kollegen des Marktgemeinderates, die heutige Sitzung kann eigentlich nur angenehm werden. Es stehen zum einen keine unangenehmen Tagesordnungspunkte auf dem Programm, zum anderen begrenzt sich meine Redezeit auf natürliche Weise durch mein eigenes Hungergefühl. Nur noch wenige Worte stehen der sprichwörtlichen "heißen Schlacht am kalten Buffet" im Wege.

Um die vorweihnachtliche Stimmung jedoch etwas zu drücken stelle ich einige Schlagworte in den Raum: Sondierungsgespräche - Jamaika - GroKo

Wer wendet sich in diesen Tagen noch mit Interesse der „großen“ Politik zu?

Müde und wenig handlungsfähig gibt sie sich bereits seit Monaten - ein Sinnbild für die politische Landschaft in unserer Republik. Die oft beschriebene Politik- oder besser: Politikerverdrossenheit unter Bürgern wird hier greifbar. Ich würde diese Verdrossenheit zum Teil sogar als Misstrauen bezeichnen. Sie drückt sich unter anderem aus in der seit langem sinkenden Beteiligung an Wahlen und der abnehmenden Zahl von Bürgern, die sich in Parteien engagieren (1,5 % der Deutschen sind Mitglied einer Partei). Die repräsentative Demokratie befindet sich in einer Krise.

Dieses Misstrauen der Bürger gegenüber Politikern und sogenannten Eliten rührt im Grunde aus der Erfahrung, dass nicht mehr politisch, sondern ökonomisch regiert wird. Man kann sogar feststellen, dass wichtige Entscheidungen teils unbeobachtet von der Öffentlichkeit zwischen den Eliten aus Politik und Wirtschaft ausgehandelt werden oder Regierungen gar in vorauseilendem Gehorsam Unternehmensinteressen folgen. Beispielhaft lassen sich die im Geheimen verhandelten Freihandelsabkommen nennen. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die Erfahrung, dass sich Firmen und Interessensverbände durch Spenden an Parteien politische Entscheidungsträger geneigt bis gefügig machen. Um diese, nennen wir sie postdemokratischen, Zustände zu überwinden und wieder Vertrauen in das politische System, vor allem junger Menschen, aufzubauen, muss die Teilhabe an politischen Entscheidungen gestärkt werden. Demokratie war und ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss erstritten werden.

Demokratie ist mehr, als alle paar Jahre ein Kreuz auf einem Wahlschein zu machen. Wirkliche Demokratie bedingt dreierlei: Erstens das Wissen darüber, wie Gesellschaft funktioniert, zweitens die Möglichkeit, auf politische Prozesse tatsächlich Einfluss nehmen zu können und drittens die Bereitschaft, dies auch zu tun. Nur wer versteht, wie Gesellschaft und Politik funktionieren, kann sich erfolgreich an politischen Prozessen beteiligen, nur wer weiß, dass Einmischung erfolgreich sein kann, wird sich engagieren wollen. Was dem zugrunde liegen muss ist Transparenz; Transparenz auf allen Ebenen, angefangen bei den Nebenverdiensten von Bundestagsabgeordneten, über Spenden an Parteien bis hin zu Sitzungsprotokollen auch von Altdorfer Marktratssitzungen.

Ebenso sind Diskussionen über die „großen“ Themen dringend nötig. Vier davon möchte ich beispielhaft herausgreifen:

1. Schere zwischen Arm und Reich: Seit Jahren wird davon berichtet, dass diese immer weiter auseinanderklafft und negative Folgen daraus in Deutschland als auch weltweit die Gesellschaft spaltet. Wird über Gegenmaßnahmen diskutiert? Abgesehen von ideologischen Grabenkämpfen nehme ich davon wenig war.

2. Klimawandel und Ressourcenverknappung: Spätestens seit der Klimakonferenz in Rio, Anfang der 90er Jahre, sollten diese Themen auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene angekommen sein. Von einem auch nur annähernd klimakompatiblen Leben sind wir jedoch ebenso weit entfernt wie von einer nachhaltigen Ressourcennutzung, egal ob es um seltene Erden in unserer Elektrotechnik geht, die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung oder den weltumspannenden Handel mit sogenannten Konsumgütern. Wie schwer wir uns bei der Energiewende tun, merke ich in Altdorf in jeder AIKom-Sitzung.

3. Erhalt bzw. Wiederaneignung öffentlicher Güter: Eigentlich grundlegendes Verfassungsrecht. Jedoch stehen diese immer wieder zur Disposition; man beobachtet nur die Diskussionen zur öffentlichen Wasser- und Stromversorgung. Auch das Erbgut aller Lebewesen zähle ich zu den öffentlichen Gütern (Stichwort: Patente auf Leben und grüne Gentechnik) oder Grund und Boden („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“). Unser designierter Ministerpräsident Söder ging hier mit zweifelhaftem Beispiel voran: 2013 wurden auf sein betreiben hin über 30.000 Mietwohnungen aus gemeinnützigem, staatlichem Eigentum für 2,5 Mrd. € an ein Firmengebilde aus Luxemburg und den Niederlanden verkauft. Das deren Anliegen, Steuer- und Gewinnoptimierung, dem Gemeinwohlgedanken zuwiderlaufen, ist verständlich. Es schlägt sich in den seit Jahren steigenden Mieten für diese Wohnungen nieder.

4. Kriege/Konflikte weltweit: Von allen Friedensinitiativen und NGO's wird die Senkung der deutschen Waffenexporte gefordert. Die deutsche Regierung sieht keinen Handlungsbedarf. Seit Jahren steigen unsere Waffenexporte, allein in diesem Jahr um 7 %.

Trotz der bevorstehenden Weihnachtszeit sieht Papst Franziskus keinen Grund zum Feiern: „Es wird Lichter geben, es wird Feste geben, glänzende Bäume, alles wird geschmückt sein. Doch gleichzeitig gibt es weltweit Krieg. Die Welt hat den Weg des Friedens nicht verstanden. Weihnachten ist angesichts der vielen Probleme in der Welt eine Scharade, ein Affenzirkus. Was wird bleiben? Ruinen, Tausende Kinder ohne Bildung, so viele unschuldige Opfer und viel Geld in den Taschen der Waffenhändler.“

Liebe Mitarbeiter, liebe Kollegen des Marktgemeinderates, auf die angesprochenen, „großen“ Themen haben wir selbst nur begrenzt Einfluss. Wir können nur lokal im kleinen Rahmen mitgestalten. Aber das müssen wir täglich nach Kräften und bestem Gewissen tun.

Zum Jahresabschluss möchte ich im Namen der Bürger- und Umweltliste Danke sagen für alles Gute und Wertvolle, dass Sie im Sinne des Marktes und unserer Mitbürger geleistet haben.

Ich wünsche Ihnen frohe und gesegnete Weihnachtstage, gute Erholung und einen glücklichen Start in das Jahr 2018.